

04.01**Richtplan Überarbeitung, Rahmenkredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 3. April 2013 mit folgendem Antrag:

1. *Für die Überarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes und des Richtplans wird ein Rahmenkredit von CHF 500'000 (inkl. MwSt.) gewährt.*

Dem gegenüber steht der Antrag der VBK vom 21. Juni 2013 mit folgenden Anträgen:

1. *Für die Überarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes und des Richtplans wird ein Rahmenkredit von CHF 500'000 (inkl. MwSt.) gewährt.*
2. *Das Stadtentwicklungskonzept ist dem Stadtparlament zur Beschlussfassung vorzulegen.*

Eintretensdiskussion:

Hanspeter Fröhlich, Präsident der VBK, begründet den abweichenden Antrag der VBK. Wer ist abschliessend zuständig für den Erlass? Auf Ebene Kanton verabschiedet die Regierung. In St.Gallen und Wil ist die Genehmigung in der Kompetenz des Stadtparlamentes. In Gossau ist die Richtplan-Genehmigung nicht beim Parlament vorgesehen, somit ist der Stadtrat für den Richtplan und das Stadtentwicklungskonzept zuständig. 2004 hat dennoch das Parlament über das Stadtentwicklungskonzept entschieden, das soll wieder so gemacht werden. Die Kosten für das Projekt scheinen erheblich, sie sind aber nachvollziehbar.

Markus Mauchle (CVP) findet den Kostenrahmen zu hoch. Angesichts der angespannten finanziellen Situation soll dieser nicht ausgeschöpft werden. Es soll ein preisoptimiertes Angebot berücksichtigt werden, welches mit CHF 400'000 realisierbar wäre.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag 1 der VBK wird mit 7 Gegenstimmen zugestimmt.

Dem Antrag 2 der VBK wird einheitlich zugestimmt.

04.02**OZ Rosenau; Projektierungskredit**

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 21. März 2012 sowie der gleich lautende Antrag der Parlamentarischen Baukommission vom 30. Mai 2013 mit folgendem Antrag:

Für die Erneuerung des Oberstufenzentrums Rosenau wird ein Projektierungskredit von CHF 500'000 inkl. MwSt. erteilt.

Eintretensdiskussion:

Ernst Ziegler, Präsident der Baukommission, erinnert daran, dass ursprünglich 18 Klassenzimmer geplant waren. Die Überarbeitung in der Zwischenzeit hat die Erfahrungen aus dem OZ Buechenwald berücksichtigt. Im OZ Rosenau sollen künftig 18-19 Klassenzimmer zur Verfügung stehen. Nach der Überarbeitung liegen 3 Varianten vor, die Auswahl wird in der Projektphase erfolgen. Die Umbaukosten liegen zwischen 8.5 - 9.6 Mio. CHF. Die gewünschte Kosteneinsparung ist nicht eingetroffen. In letzter Zeit hat sich gezeigt, dass das Flachdach undicht ist und sofort saniert werden muss. Die Baukommission stellt folgenden Zusatzantrag:

Für die Flachdachsanierung wird ein Kredit von CHF 380'000 erteilt.

Karl Bürki (SP) hat sich im vergangenen Jahr dagegen gewehrt, dass die Sanierung verschoben wird. Die Dachsanierung muss sofort beginnen. Die Gesamtrenovation soll auch nicht auf die lange Bank geschoben werden. Es hat sich gezeigt, dass Kostenoptimierungen kaum möglich sind, die Renovationskosten liegen bei rund 9 Mio. Das Vorhaben soll zügig umgesetzt werden.

Alfred Zahner (FLiG) unterstützt die Sanierung des OZ Rosenau. Nach 40 Jahren ist eine Gesamtsanierung fällig. Nicht einverstanden ist er mit dem vorliegenden Raumprogramm mit den vielen Gruppenräumen. Die heutige Unterrichtsform ist individualisiertes Lernen, das benötigt grosse Räume. Er ersucht den Schulrat, das Raumprogramm zu überdenken, und idealerweise die Variante 2 vorzuziehen.

Felix Koller (FDP) möchte das OZ Rosenau für die nächste Generation fit machen, die Finanzsituation verlangt aber Einschränkungen. Trotz Sparprogramm in der Baukommission sind die 3 Varianten über den anvisierten Kosten geblieben. Falls die Stimmbürger den Baukredit ablehnen, wären hohe Planungskosten verloren. Er befürwortet deshalb modulare Vorlagen. Der Baukommission soll eine kostenoptimierte Basisvariante mit Zusatzmodulen unterbreitet werden. „Nice to have“ soll von „must have“ unterschieden werden. Das Parlament soll dann entscheiden, wie viel es für ein Bauprojekt ausgeben will. Diese Entscheidungskompetenz sollte das Parlament künftig einfordern. Künftig dürften Sanierungen nicht mehr so lange aufgeschoben werden. Er beantragt Zustimmung zu den Anträgen der Baukommission.

Reto Mock (CVP) braucht ein zweckmässiges und zeitgemässes Schulhaus. Das wirklich Wichtige muss vom Wünschbaren getrennt werden. Er beantragt Zustimmung.

Urs Blaser, Schulpräsident, bedauert, dass der effektive Sanierungsbedarf höher ausgefallen ist als erwartet. Das Raumprogramm basiert noch auf der alten Schulbautenverordnung. Im OZ Rosenau müssen künftig 18-20 Klassen unterrichtet werden. Das OZ Buechenwald ist mit 12 Klassen voll ausgelastet. Variante 2 steht für die Schule im Vordergrund, weil sie Flexibilität zulässt. Der Schulrat wird diese Variante ernsthaft prüfen unter Beizug von Fachleuten.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der Hauptantrag und der Zusatzantrag werden einstimmig angenommen.

04.03

Revision Personalreglement; Einsetzung VBK

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 5. Juni 2013 mit folgendem Antrag:

Das Personalreglement vom 5. Juni 2013 wird erlassen.

Das Präsidium schlägt die Überweisung an eine VBK vor. Für die Kommissionsbesetzung liegen folgende Nominierungen vor:

FLiG	Stefan Harder	Präsident
CVP	Andreas Strübi	Mitglied
SVP	Thomas Künzle	Mitglied
FDP	Ruth Schäfli	Mitglied
SP	Monika Gähwiler-Brändle	Mitglied

Beschluss des Stadtparlamentes:

Die vorberatende Kommission wird eingesetzt.

04.04

Postulat SP-Fraktion „Für ein attraktives Wohnungsangebot für alle“; Erheblicherklärung

Grundlage ist das Postulat vom 7. Mai 2013, welches von 13 Mitgliedern unterzeichnet ist.

Diskussion Erheblicherklärung:

Der Postulant **Florian Kobler (SP)** bedankt sich für die ausführliche Stellungnahme des Stadtrates. Wartelisten für Wohnbaugenossenschaften sind in der Regel lang. Gemeinnütziges Wohnen zeichnet sich aus durch 20-30% tiefere Mieten, weil Kostenmiete verlangt wird. In Gossau bewegen sich die Mietkosten etwa auf gleichem Niveau wie in der Stadt St.Gallen. Dort unterstützt der Stadtrat das gemeinnützige Wohnen. Auch in Gossau sollte dies ein Anliegen sein. Investitionen in diesem Bereich werden sich für die Stadt lohnen. Ein gesunder Wohnungsmarkt soll für alle Bevölkerungsschichten gewährleistet bleiben.

Marianne Federer (FLiG) unterstützt das Postulat. Die Stadt ist in den vergangenen Jahren kaum mehr gewachsen, Familien mit Kindern können sich die hohen Mieten kaum leisten. In der Stadt fehlt ein Angebot an preisgünstigen neuen Wohnungen. Die meisten der neuen Wohnungen sind im höheren Segment angesiedelt.

Claudia Martin (SVP) kennt aus diversen Städten, dass der Bau von Sozialwohnungen keine sozialen Probleme löst. Gerade dort bilden sich soziale Brennpunkte. In Gossau besteht weder eine Wohnungsnot noch sei das Preisniveau für Mietwohnungen in den letzten Jahren derart rasant angestiegen, dass eine staatliche Intervention gerechtfertigt wäre.

Hanspeter Fröhlich (FDP) findet es nicht Aufgabe des Staates, für günstige Wohnungen zu sorgen. Ein Notstand an preisgünstigen Wohnungen besteht in Gossau nicht. Es könnten private Wohnbaugenossenschaften gegründet werden. Er unterstützt das Postulat nicht.

Florian Kobler (SP) möchte nicht Sozialbauwohnungen mit Genossenschaftswohnungen vergleichen. Genossenschaftswohnungen sind kostenoptimierte Wohnungen. Die subjektiv empfundenen Wohnkosten in Gossau sind hoch.

Stadtpräsident Alex Brühwiler vertritt die Haltung des Stadtrates, welcher Nichterheblicherklärung beantragt. Die Wohnungspolitik wird in nächster Zeit ein wesentliches Thema werden. Der Leerwohnungsstand ist mit 0.5 % tief, der Wohnungsmarkt funktioniert aber noch. Auch in Gossau soll ein ausreichendes Angebot an preisgünstigen Wohnungen bestehen. Mit einem Postulatsbericht wird nicht viel gewonnen. Zielführender wäre die Einreichung einer Motion, analog St.Gallen.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Das Postulat wird 22 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung nicht erheblich erklärt.

04.05

Interpellation „Standortplanung für Mobilfunkantennen“

Grundlage ist die Antwort des Stadtrates vom 8. Mai 2013.

Die Interpellantin **Monika Gähwiler-Brändle** hätte sich von der Stadt eine andere Herangehensweise gewünscht. In Zukunft sollte bei solchen Bauvorhaben als erstes der Kontakt mit der Bevölkerung aufgenommen werden. Sie verlangt keine Diskussion.

Der Präsident verliest das Rücktrittsschreiben von Claudia Martin. Sie verlässt mit der Wahl in das Kantonsparlament das Stadtparlament Gossau.

Im Anschluss an die Sitzung orientiert der Stadtpräsident über die Zusatzabklärungen zur Entlastung der St.Gallerstrasse.

Der Präsident



Fredi Mosberger

Der Stadtschreiber



Toni Inauen

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 8. Juli 2013 genehmigt.